

# Donau-Anzeiger

Zeitung für Stadt und Landkreis Deggendorf · Plattlinger Anzeiger · Osterhofener Anzeiger

Nummer 251

Dietger, Alfons – Mittwoch, 30. Oktober 2019 – Gottschalk

1,50 € / B 65282

## LOKALES

Dr. Josef Einhellig (Freie Wähler) will als Landrat kandidieren **23**

## REGIONALES

Urnenwand statt Familiengrab auf Friedhöfen **10**

## DIE SEITE DREI

Angriffe auf Sanitäter, Ärzte und Pfleger sollen härter bestraft werden

## WIRTSCHAFT

Großauftrag: Indische Airline IndiGo bestellt 300 Airbus-Jets **7**

## SPORT

DFB-Pokal: FC Bayern mit Mühe weiter – 1. FC Köln blamiert sich **35**

## Britisches Parlament stimmt mit Mehrheit für Neuwahlen

Im vierten Anlauf hat es Boris Johnson geschafft – Am 12. Dezember wird eine neue Regierung gewählt

London/Brüssel. (dpa) Das britische Parlament hat einer Neuwahl am 12. Dezember zugestimmt. Ein entsprechendes Gesetz wurde am Dienstagabend vom Unterhaus mit einer großen Mehrheit von 438 zu 20 Stimmen verabschiedet. Das Gesetz muss zwar noch vom Oberhaus absegnen werden, doch das gilt in diesem Fall als Formalie.

Premierminister Boris Johnson will ein neues Parlament wählen lassen, um sein mit Brüssel ausgehandeltes Brexit-Abkommen umzusetzen und Großbritannien schnellstmöglich aus der Europäischen Union zu führen. Seine konservative Regierungspartei hat derzeit aber keine Mehrheit im Unterhaus. Auf die Frage von Journalisten, ob er daran glaube, durch die Neuwahl eine Mehrheit zu gewinnen, sagte Johnson: „Das wird eine schwierige Wahl, und wir werden gehen, was wir können.“

Auch der Chef der größten Oppositionspartei, Jeremy Corbyn, gab sich kämpferisch. Johnsons Regierung kümmere sich nur um die wenigen Privilegierten, Labour könne aber ein Land für viele gestalten, sagte der Labour-Chef. Er kündigte eine „ehrgeizige und radikale Kampagne“ für einen echten Wandel an.

Noch am Montag war ein Antrag Johnsons auf eine Neuwahl am Widerstand der Labour-Opposition gescheitert. Eigentlich ist laut britischem Wahlgesetz eine Zweidrittelmehrheit notwendig, um eine vorgezogene Neuwahl auszulösen. Ohne Labour-Unterstützung war das

nicht zu erreichen. Doch mit dem am Dienstag im Eilverfahren durch das Unterhaus gepeitschten Neuwahlgesetz konnte dieses Erfordernis umgangen werden. Den Ausschlag für den Erfolg hatten die Oppositionsparteien, die Schottische Nationalpartei SNP und die Liberaldemokraten, gegeben. Sie signalisierten bereits am Wochenende ihre Unterstützung für eine Neuwahl. Einziger Streitpunkt war der Wahltermin. Während Johnson erst am 12. Dezember wählen lassen wollte, sprachen sich die SNP und Liberale für den 9. Dezember aus.

Mit der Unterstützung der kleineren Parteien für das Neuwahlgesetz hatte Labour sein Veto verloren, weil schon eine einfache Mehrheit zur Verabschiedung ausreichte. Die Sozialdemokraten stehen derzeit in den Umfragen relativ schlecht da. Die Traditionsparterie versprach sich von einer Neuwahl im kommenden Jahr bessere Chancen. Trotzdem gab Labour seinen Widerstand gegen eine Neuwahl am Morgen auf.

Für die Konservativen sehen die Umfragewerte recht gut aus. Doch die Wahl ist nicht ohne Risiko: Bereits Theresa May hatte sich 2017 mit einer vorgezogenen Neuwahl verzoxt und die Mehrheit verspielt.

Entscheidend für einen Wahlerfolg Johnsons könnte werden, ob es ihm gelingt, die Schuld für die weitere Verzögerung der Opposition anzulasten. Konkurrenz muss er von der Brexit-Partei von Nigel Farage fürchten, die einen Austritt ohne Abkommen als idealen Weg anpreist. **► Kommentar Seite 2**



ALTMAIER STÜRZT BÖSE: Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) ist beim Digitalgipfel in Dortmund beim Abgang von der Bühne gestürzt und verletzt in eine Klinik gebracht worden. Der 61-Jährige erlitt einen Nasenbeinbruch und trug eine Platzwunde, Prellungen und Schürfwunden davon. Das ergab die Untersuchung im Krankenhaus, wie die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag aus Regierungskreisen erfuhr. Foto: dpa **► Seite 7**

## „Seniorita“ geht in die dritte Runde

Messe nicht nur für die ältere Generation am 29. Februar und 1. März

Deggendorf. (oh) Die dritte Auflage der „Seniorita“ steigt am 29. Februar und 1. März in den Stadthallen. „Diese Messe ist einzigartig“, sagte nicht nur Helmut Plenk, Geschäftsführer des VdK Arberland. Zweimal gab es die Messe für (aber nicht nur) die ältere Generation, in welche die Landkreise Deggendorf, Regen, Straubing-Bogen, Passau und Freyung-Grafenau involviert sind, schon, auch dieses Mal hofft Organisatorin Gabi Menacher auf eine Steigerung der Besucherzahl, 3000 waren es bei der Auflage heuer. Sie will wieder eine „bunte Mischung“ an Ausstellern bieten. „Heuer wird die Seniorita sogar international“, freute sich Menacher: Ein Aussteller kommt aus Italien. Zudem gäbe es Anfragen aus Österreich und der Schweiz. Was sie besonders freut: Viele Aussteller waren schon einmal da und kommen aufgrund der positiven Resonanz wieder. Die Schirmherrschaft hat



Viele Besucher lockte die Messe „Seniorita“ bei den beiden ersten Auflagen in die Stadthalle, auch dieses Mal wird den Gästen ein buntes Programm geboten.

Ministerpräsident Markus Söder übernommen. Die Themenfelder Gesundheit, Prävention, Sicherheit, Barrierefreiheit, aber auch Attraktivität und Lebensfreude werden

abgedeckt. Auch die jüngere Generation will sie ansprechen, etwa durch Fachvorträge über Patientenverfügungen oder die Möglichkeiten bei der Pflege von Angehörigen.

## WETTER

Heute



8 | 2

Morgen



8 | -1

Ausführliches Wetter **► Seite 10**

Rätsel **► Seite 8**

TV-Programm **► Seite 42**

Kindernachrichten **► Seite 34**

Internet: [www.idowa.de](http://www.idowa.de)

## Automaut und Nagerbrücke

Steuerzahlerbund rügt Geldverschwendung – Diesmal sind es 100 Fälle

Berlin/Vilshofen. (dpa/kli) Milliarden teure Rüstungseinkäufe, das Millionengrab Maut und eine Solaranlage im Schatten: Der Bund der Steuerzahler hat mit 100 Beispielen die Geldverschwendung deutscher Behörden angeprangert. Bund, Länder und Kommunen seien erneut sorglos mit dem Geld der Bürger umgegangen, sagte Präsident Reiner Holzengel am Dienstag.

„Niemand kann sagen, wie viel Steuergeld insgesamt verschwendet wird“ – die Summe sei aber in jedem Fall hoch, sagte Holzengel. Zugleich räumte der Verband ein: „Viele Projekte sehen wir mit anderen Augen als vielleicht die Verantwortlichen.“

Von der Pkw-Maut versprach sich der Bund in den kommenden Jahren Milliarden einnahmen, stattdessen

wurde sie zum Millionengrab. Der Bund der Steuerzahler kritisiert, dass Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) die Verträge zur Erhebung und Kontrolle der Maut schloss, bevor endgültige Rechtssicherheit bestand.

Die „Gorch Fock“ ist Deutschlands wohl bekannteste Schiffsbauwerke – aber laut Steuerzahlerbund nur eine der Baustellen im Verteidigungsministerium. Der Verband kritisiert, dass das Schiff für bis zu 135 Millionen Euro saniert werden soll – dabei hätte man „für weniger als die Hälfte des Geldes und deutlich früher als jetzt“ einen modernen Neubau bekommen können. Das Verteidigungsministerium wies die Kritik zurück.

Auch in Bayern listet das

Schwarzbuch einige Fälle von Steuererschwendung auf. Bei Vilshofen im Kreis Passau etwa wurde eine gut 40 Millionen Euro teure Umgehungsstraße im Lebensraum der Haselmäuse gebaut. Damit die kleinen Tiere die neue Fahrbahn ohne Lebensgefahr überqueren können, wurde eine Brücke für die Nager gebaut. Diese haben sich die Bayern 93000 Euro kosten lassen. Bislang ist aber unklar, ob das Geld für die Brücke sinnvoll angelegt ist. Bayerns Steuerzahlerpräsident Rolf von Hohenhausen sagte: „Man weiß gar nicht, ob die Haselmäuse über diese Brücke drüber gehen.“ Die Nagerbrücke soll nun „durch ein Monitoring erforscht werden“. Das kündigte das Staatliche Bauamt Passau an. **► Seiten 5, 9, Kommentar Seite 2**

## Neuer Vorstoß für einheitliche Asylpolitik

München. (dpa) Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) plädiert für eine Erstprüfung von Asylansuchen und für Rückführungen schon an den EU-Außengrenzen. „Wir müssen feststellen, dass das Dublin-Verfahren gescheitert ist“, sagte er am Dienstag in München beim G6-Innenministertreffen. Nach Seehofers neuer Vorstellung sollten nur Asylbewerber mit Aussicht auf Schutz in Europa auf eine Gruppe von EU-Ländern verteilt werden, die sich dazu bereit erklärten. Wenn aber schon die Erstprüfung an der Außengrenze negativ ausfalle, solle die EU-Grenzschutzagentur Frontex die Rückkehr durchführen. Er forderte in der Sache mehr Tempo: Bis zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 sollten konkrete Gesetzesvorschläge auf dem Tisch liegen. **► Seite 4**

Anzeigenservice • 0991/37017 0

3 7 9 4 4

4 190652 701502

Vertriebsservice • 09421/940 6400